

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: R. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe,  
Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gersmann.  
Eberhard W. Thienes, Friedrichsbad G. Altes. Halle a. S.  
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,  
William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Geim. Eiser. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Das Bächtigungsrecht der Lehrer.

Ueber das Bächtigungsrecht der Lehrer ist schon eine nicht kleine strafrechtliche Literatur vorhanden, die sich vorzugsweise mit der kritischen Behandlung der hierüber ergangenen Urtheile des Reichsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts beschäftigt und zum Theil eine zustimmende, zum anderen Theil eine ablehnende Haltung einnimmt. Neuerdings macht eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts durch einen Theil der Presse die Kunde, in welcher die Anschauung vertreten wird, daß die Ausübung des Bächtigungsrechts nur dann Anlaß zu einem gerichtlichen Verfahren geben kann, wenn wesentliche oder merkliche Verletzungen des Bächtigten vorliegen, welche die Gesundheit desselben nachweislich gefährden. Es läßt sich nicht bestreiten, daß in diesem Sinne eine bedeutende Erweiterung der Bächtigungsgewalt enthalten ist, die in den Händen aufbrausender oder gar gewaltthätiger Lehrer zu schweren Folgen führen kann und auch mit der Rechtspflege der Gerichte, insbesondere des Reichsgerichts, nicht im Einklang steht. An sich fällt die Bächtigung einer Person unter den Begriff der Körperverletzung und muß daher nach Maßgabe der strafrechtlichen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs verfolgt werden, sofern nicht bemängelt, daß sie vorgenommen hat, ein rechtlich anerkanntes Bächtigungsrecht eingeräumt ist. Dieses Recht besteht nur innerhalb bestimmter Grenzen, und diese Grenzen können entweder durch ausdrückliche Vorschriften gezogen sein oder durch analoge Vorschriften gezogen sein oder durch analoge Vorschriften gezogen sein oder durch analoge Vorschriften gezogen sein.

## Deutschland.

Berlin, 23. Juli. Nach einem aus Moskau eingelaufenen Telegramm findet dort heute die vorgesehene Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und dem König von Schweden und Norwegen statt. König Oscar wird um 9 Uhr früh zum ersten Frühstück auf der „Hohenzollern“ eintreffen. Er wird von seinem norwegischen Hofstaat begleitet sein. Das Kaiserpaar wird während des gestrigen Tages bei Moskau vor Anker. Der Kaiser nahm Vorträge entgegen. Das Wetter war andauernd trübe und regnerisch, daß die geplanten Landpartien voraussichtlich ausfallen mußten.

Der „V. B.-G.“ schreibt: „Ein Wiener Blatt hatte die bevorstehende Verlobung der Tochter des Fürsten von Montenegro, der Prinzessin Helena mit dem König Alexander von Serbien gemeldet. König Alexander wird am 14. August zwanzig Jahre alt, Prinzessin Helena hat am 8. Januar ihr dreißigundzwanzigstes Lebensjahr zurückgelegt; im Uebrigen würden die politischen Verhältnisse und die Familienverbindungen der Fürstentöchter das Projekt einer derartigen Verbindung erklärlich erscheinen lassen. Jetzt treten aber Gerüchte auf, die eine anderweitige Verlobung der jungen Prinzessin in Aussicht stellen und zwar nach einer Richtung hin, die wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat. Zuerst wurde aus Triest berichtet, der Kronprinz Viktor Emanuel von Italien stehe im Begriff, sich mit der Prinzessin Helena zu verloben. Jetzt erklärt uns ein Privat-Telegramm aus Pest, daß man dort und zwar in unterrichteten Kreisen diese auffallende Nachricht für begründet erachtet und fügt folgende Details hinzu. Der Prinz von Neapel habe die Prinzessin Helena in Moskau kennen und lieben gelernt. Die Prinzessin erwidere von ganzem Herzen diese Neigung: sie solle und wolle zum Katholizismus übertreten. Prinz Viktor Emanuel vollendet im November sein 27. Lebensjahr.

Trotz der Sicherheit, mit welcher die überausende Mitteilung auftritt, zweifeln wir an der Thatsache, gegen die sich die Einwendungen häufen müssen; warten wir ab, ob der sehr bestimmt gehaltenen Meldung nicht ein noch entscheidender Dementi auf der Ferse folgen wird.“

— Zu der vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten kaiserlichen Verordnung betreffend die Unterstellung der Schutztruppen schreibt die „Nat.-Z. Nr.“: „Schon im vorigen Jahre hatte die Budgetkommission des Reichstages eine Reihe von Punkten normirt, die als Ziele der anzustrebenden Reform bezeichnet wurden. Als oberste Forderung war die Vereinigung der militärischen und der Polizeigewalt in der Hand des Gouverneurs aufgestellt worden, als zweite eine gleiche Vereinigung bei den Stationschefs im Innern, die bisher nicht in der Lage waren, ohne höhere Genehmigung mehr als 20 Mann der Schutztruppe zu requiriren. Im Grunde genommen waren der Reichstag, die Leitung der Kolonialabtheilung und der Kolonialrath einig darüber, daß diese Reform absofort geboten sei. Widerstand zeigte sich dagegen in den maßgebenden militärischen Kreisen, wo man den „Einquartierung“ offenbar ein allzu großes Gewicht beilegte. Demgegenüber hat es der Reichstag in dem vorliegenden Tagungsabschnitt nicht an der erforderlichen Entschiedenheit fehlen lassen. Als der Leiter der Kolonialabtheilung sich nicht in der Lage erwies, verbindende Zusagen zu machen, ließ die Budgetkommission durch ihren Berichterstatter erklären, „man habe einfach die Geschichte satt“, und der Reichstag trat einstimmig dem Vorschlag der Kolonialabtheilung bei, bei der zweiten Etatsberatung den Forderungen des Kolonialrats nur vorbehaltlich des Widerrufs jeder Bewilligung bei der dritten Sitzung, falls bis dahin die Reform nicht in die Wege geleitet sei, zuzustimmen. Bei der dritten Etatsberatung sagte Direktor Kaiser die Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend anderweitige Organisation der Schutztruppen, d. h. die Erfüllung der Vorbedingung zur Beseitigung des Dualismus, zu, und als der Reichstag trotzdem das Gehalt des Kommandanten der Schutztruppe in Ostafrika nur mit dem Inlande: „einfach wegfallen“ bewilligte, wäre es nicht lange, bis der angeführte Gesetzentwurf vorlag. Das Schutztruppengesetz wurde infolgedessen zur Entscheidung gebracht; der Schwerpunkt der Reform aber lag in den Bestimmungen, welche nur der Kaiser hinsichtlich der Stellung der Schutztruppen erlassen konnte. Die Verordnung vom 16. Juli beweist, daß man sich auch an höchster Stelle der Dringlichkeit der Angelegenheit nicht verlor. In Zukunft unterstehen die Schutztruppen nicht dem Reichskanzler dem Gouverneur oder Landesoberhauptmann der betreffenden Kolonie.

## Frankreich.

Paris, 21. Juli. Der Appellhof von Toulouse hat das erstinstanzliche Urtheil, welches der Pariser „Petite Republique“ und der in Toulouse erscheinenden, ebenfalls sozialistischen „Depeche“ gegen den Direktor der Glasbrennereien von Carmaux, Messguier Recht gab, umgehoben und die beiden Blätter solidarisch zum Abgeordneten Jaures zu 15 000 Fr. Schadenersatz und in die Prozesskosten verurtheilt. Messguier war als Kläger aufgetreten, weil die Genehmigung des Abgeordneten Jaures in den letzten Streit und die Gegenseite der beiden Blätter die Lage verschlimmert und der Gesellschaft schweren materiellen Schaden verursacht haben. Die Verurtheilten wollen sich nun an den Kassationshof wenden. Der geschlagene Vertheidiger Willard hofft, dieser werde nach weiserem (1) Ermessen Recht sprechen, und erklärt, die Anwälte dürften sich noch mehr über das Urtheil des Appellhofs von Toulouse freuen, als die Sieger, weil es beweise, daß es bald nicht mehr möglich sei, durch gelegentlichem, schieflichem Wege Recht zu erlangen.

In den „Archives de medecine navale et coloniale“ erscheint heute ein Bericht des Militärarztes Dr. Broffer über den Gesundheitszustand des Expeditionskorps während des letzten Madagaskar-Feldzuges und die Mennion-Insel. Im Beginn der Expedition besaß die Infel 518 Betten für frische Soldaten; nach dem Dr. Broffer hätte man aber leicht deren 1360 einrichten können. Im Laufe des Jahres 1895 wurden 986 Patienten von Tamatave und Madagaskar nach der Insel Mennion gebracht. Die Sterblichkeit war hier sehr gering: 1,4 Prozent. Von den Ueberlebenden wurden 243 nach einer

durchschnittlich dreißigtägigen Verpflegung unter den besten Bedingungen heimgeführt. Die übrigen 75 Prozent konnten ihren Dienst in Madagaskar wieder antreten. Der Verfasser des Berichts drückt seine feste Ueberzeugung aus, daß die Verluste an Menschenleben viel geringer gewesen wären, wenn die Soldaten, die am meisten erschöpft waren, von Madagaskar nach Reunion gebracht, statt nach Frankreich transportirt worden wären.

In Saint-Die wird nächsten Sonntag das Standbild Jules Ferrys eingeweiht werden. Das bringt die Gegner des Staatsmanns aus Rand und Band. Der „Intransigent“ kann ein Lied wiedergeben, das die Schulkinder von Saint-Die die ganze Woche entzünden müssen. Darin wird Jules Ferry „großer Franzose“ genannt. „Großer Franzose“ schimpft das Blatt Rochefort, der Mann, der vor Bismarck froh (1) und (mit Recht, D. Red.) seinen Bankrott einen Vorwurf daraus machte, daß sie sich „von dem Bogenschütz hypnotisiren lassen“. Aber die Statue Ferrys wird bald mit der Thiers' eingeweiht werden, tröstet sich der „Intransigent“.

Das wenig referirte Verhalten des Prinzen Henri von Orleans aus Anlaß der Verdrigung des Marquis de Mores wird von der republikanischen französischen Presse, wie bereits erwähnt, sehr lebhaft erörtert. Senator Ranc kommt im „Matin“ auf die Hochrufe zurück, welche die royalistische Jugend am Sonntag beim Anblick des Prinzen Henri d'Orleans nach dem Begräbnis seines Freundes Mores ausstieß. Man hat ihm gesagt, der Better des Präsidenten sei „vor Freude und Erregung purpurroth“ geworden. Möglicherweise hätte die große Hölle dem Prinzen Heinrich das Blut zu Kopfe getrieben; allein Man denkt nicht an die 36 Grad in der Sonne, sondern schließt aus der Haltung des Gefeierten, er wäre im Stande, das der Familie Orleans gefällige „Manöver der jüngeren Linie“ fortzusetzen. Ein bißchen freier wäre es freilich, meint er. Der Reizende, dem die Republik das Kreuz der Ehrenlegion verliehen, sollte doch wenigstens warten, bis sein Better verheiratet ist und man im letzten Weltkrieg weiß, daß er als Gemahl einer Erbprinzessin fortan zum Dreibunde (1) gehört. An den Präsidenten, den orleanistischen, wie den bonapartistischen, rührt Man fort, ist jedoch im Grunde wenig gelegen. Viktor Napoleon wird nicht mehr ausrichten, als Philipp von Orleans, und das wissen die plebiszitären Komitees so gut, wie die royalistische Jugend; darum begnügen sie sich mit ein paar Umgebungen, die im Grunde Niemand wohl oder wehe thun. Nicht nach dieser Seite brauchen daher die Republikaner ihre Blicke zu richten. Was gefährlich werden kann, was sogar schon manche Regierungen-Republikaner wahrnehmen, das ist die unablässige Arbeit der Reaktionen, Klerikalen, Nationalisten, welche sich des Steuers bemächtigen möchten.

Alle Gunstbedingungen sind für sie“, behauptet der alte Republikaner. „Zur gegenwärtigen Stunde ist nicht bloß der Sozialist für den Präsidenten der Feind, sondern der radikale Republikaner, ja sogar der Republikaner kurzweg, der die alten Kämpfe nicht vergessen hat und weiß, daß die Gegner von gestern die Gegner von morgen sein werden. Der Nationalist hingegen, der gute Klerikale, ist allmählich, und die republikanischen Beamten, die Schullehrer zittern vor ihm... Ich kenne einen Präfekten, der nichts weniger als radikal, aber gegenwärtig mit Ueberzeugung aus dem Dienste bedroht ist, weil er nach dem Geheiß gehandelt, die Verweltlichung der Volksschule betrieben und sich überdies geweigert hat, für den Führer der klerikalen Reaktion der Gegen gegen die republikanischen Abgeordneten Partei zu ergreifen... Der Präsident der Republik wird demnach die Bretagne bereisen. Bischöfe und Pfarrer werden ihn umringen, sowie ihm schmeicheln. Ich bitte ihn ehrenbietig, nicht zu vergessen, daß es in den Departements, die er besuchen wird, auch Republikaner, eine republikanische Partei giebt, und den Bretonen nicht den Glauben beizubringen, die Bischöfe, Pfarrer und ihre Klientel seien die guten Freunde der Republik.“

Die „Lanterne“ behandelt das gleiche Thema, aber in weniger parlamentarischen Töne. Sie erzählt ihren Lesern, daß der Bauteilminister Turlet letzten Sonntag, während die Royalisten in Paris umgeben einen Prinzen anjubeln durften, sich in Verd-sur-Mer, wo er ein Hospital einweihen, den Segen eines Pfarrers gefallen ließ. Und so wären sie, nach dem republikanischen Blatte, alle durch die Bank Renegaten und Verräther, die Minister, welche bekändig die Republik im Munde führen und sich von den Reaktionen ins Schlepptau nehmen lassen.

## Italien.

Rom, 20. Juli. Wie bekannt, ist in den Besprechungen zwischen dem Marschese di Rudini und dem neuen Minister des Auswärtigen, Marschese Visconti Benotia, auch die innere Politik in ihren Hauptzügen berührt worden. Der Ministerpräsident wird die Ansicht seines hochangesehenen Kollegen auch in Bezug auf die Ernennung des neuen Unterstaatssekretärs für das Innere haben vernehmen wollen, die eine besondere Wichtigkeit beansprucht, da es bei der Haltung der Opposition — zu der bald auch die Radikalen gehören werden — nicht ausgeschlossen ist, daß das Land zu Neuwahlen berufen werden muß. Von den Fragen der auswärtigen Politik, zu denen laut den bestimmtesten und ausführlichsten halbamtlichen Erklärungen die Beziehungen Italiens zu den verbündeten Mächten nicht gehören sollen, haben die beiden Minister als eine der nächstliegenden die Beziehung zu Tunis erörtert. Der Marschese Visconti Benotia hat sich durch den Generaldirektor im Auswärtigen Amt über die Frage des tunesischen Handelsvertrages, der im September d. J. abläuft, Vorträge halten lassen und nicht nur mit dem Ministerpräsidenten, sondern auch mit dem neuen Schatzminister Lugazzi darüber berathen. Seit der Aufkündigung des alten Handelsvertrages mit der Regentenschaft durch den französischen Residenten am 8. September d. J. ist von beiden Seiten in der Sache nichts weiter geschehen. In Frankreich will man ruhig abwarten, was Italien thun werde, und hier ist man noch zu keinem Entschlusse über die heikle Frage gekommen, ob es rathlicher sei, auf gutem Wege den Abbruch eines neuen, die italienischen Interessen möglichst schützenden Vertrages zu erzielen, oder sich auf die Unter-

beine zu stellen und etwa mit der Wiederherstellung der italienischen Konsulargerichtsbarkeit in der Regentenschaft zu drohen. Vermuthlich hatte die Regierung auch bereits vor dem Eintreffen Visconti Benotias in Rom Nachricht von den Bedenken, die in Wien und Berlin gegen die gewünschte diplomatische Unterstützung Italiens in diesem Streite mit Frankreich erhoben worden waren, so daß es dem neuen Minister in der Konsultation nicht an einer Gelegenheit fehlt, alsbald sich in einer wichtigen Angelegenheit zu bewähren.

Der neue Schatzminister hat sich Hals über Kopf in die Prüfung des Haushaltes gestürzt, und, wie es heißt, die Ueberzeugung gewonnen, daß keine Nothwendigkeit vorliege, von den Steuerzahlern neue Opfer zu fordern, da der steigende Ertrag der Staatseinkünfte ausreiche, um den Mehrbedarf des Kriegsministeriums zu decken.

Rom, 22. Juli. Senat. Auf eine Interpellation Roff's, betreffend die Gerichte von neuen Handelsbureauen, erklärte der Minister des Auswärtigen, Visconti Benotia, er bemerke, um jede Mißdeutung auszuschließen, daß, als er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, keine Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Italien und Frankreich im Gange waren. Bei dieser Lage der Dinge sei er zu der größten Zurückhaltung verpflichtet; er glaube daher, daß es dem öffentlichen Interesse nicht entspräche, über diese Angelegenheit weitere Erklärungen abzugeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Rom, 22. Juli. Der Papst empfing heute den preussischen Gesandten von Bülow, welcher seinen Sommerurlaub antritt.

## Schweden und Norwegen.

Christiania, 22. Juli. Der Storting erhöhte den Zoll für Weizen auf 60 Dore, für Weizenmehl auf 2 Kronen pro 100 Kilogramm.

## England.

Im englischen Unterhause hat gestern das Kabinett Salisbury eine erste Niederlage erlitten, deren symptomatische Bedeutung durch die leichtherzige Art, wie der Leiter des Unterhauses, Arthur Balfour, sie quittirte, nicht abgemildert wird. Es geht ersichtlich mit der unionistischen Herrschaft rasch bergab, rascher noch, als mit der Herrschaft der Liberalen unter Gladstone und Rosebery. Die Veranlassung zur der Schlappe des Kabinetts, die nach der strengeren, freilich neuesten nicht immer beobachteten parlamentarischen Ueberlieferung eigentlich dessen Mißtritt zur Folge haben müßte, bildete den Artikel 24 der irischen Vobengesetzgebung. Der Antiparnellist Sir E. O. G. Esmond, Vertreter für Kerry, der selbst Landlord ist, der einzige Baronet der irischen Nationalpartei, stellte zu diesem Artikel einen Unterantrag, wonach der Kaufschilling der Pachtgüter wie bisher in Randbonds und nicht, wie der Artikel vorschlägt, baar bezahlt werden soll. Der Schöffelreißer für Irland General Balfour bekämpfte den Unterantrag, da bei dem hohen Marktpreise der Randbonds der Verkäufer des Pachtgutes eine Prämie von 10 v. S. erhalten würde. Der Antrag Esmond wurde jedoch mit 99 gegen 86 Stimmen angenommen. Ironische Rufe „DemiSSION!“ wurden laut. Der erste Lord des Schatzes Arthur Balfour erhob sich lächelnd und erklärte, daß die Regierung den Artikel 24 zurückzöge, sich jedoch vorbehaltlich, die Frage in einem späteren Zeitpunkt von neuem zur Erörterung zu bringen. Es ist ersichtlich, daß die Regierungsmehrheit, deren konservativer Bestandtheil sogar stärker ist, als alle übrigen Unterhausparteien, die liberalen Unionisten eingeschlossen, zusammengekommen, so plötzlich zur Minderheit werden konnte. Herr Balfour scheint da abermals weit unter seiner Aufgabe als Mehrheitsführer geblieben zu sein.

London, 21. Juli. Gestern Morgen begann der Staatsprozeß — trial at bar — gegen Dr. Leander Starr Jameson, Sir John Widdowhugh, Oberst Grev, Major G. J. White und Kapitän R. White vor dem Lord-Oberrichter Lord Russell of Killowen und den beiden Senatoren des Queens Bench-Gerichtshofes, Baron Pollock und Richter Hawkins. Eine ganze Anzahl vornehmer Damen, unter Andern die Gemahlin des Lord-Oberrichters, wohnte den Verhandlungen bei. Man hatte ihnen wiederum, wie bei der Voruntersuchung, Vorzugsplätze angewiesen. Das anwesende Publikum war allerdings zum Glück anders zusammengesetzt, wie bei den ersten Verhandlungen in Bow Street. Pünktlich um 10 Uhr erschienen die Richter in ihren Scharlachgewändern. Kaum hatte der Registrator den Fall „Die Königin v. Jameson und Andere“ aufgerufen, als der Haupt-Vertheidiger der Angeklagten, der frühere liberale Generalstaatsanwalt Sir Edward Clarke, den Antrag stellte, ehe noch zur Verdrigung einer Sonderjurisdiction geschritten würde, die Angeklagten zu lassen. Falls der erste Anklagepunkt, daß die Angeklagten einen kriegerischen Zug gegen einen befreundeten Staat in Verletzung der „Foreign-Entistment“-Akte ausgerüstet hätten, nicht aufrecht erhalten werden könne, so müßte damit das ganze Anklagegebäude zusammenfallen. Die Akte sei auf dem Gebiet, wo die Ausrüstung des Zuges stattfand, nicht in Geltung. Sollte sie in Anwendung kommen, so müßte sie nach ihrer eigenen Bestimmung erst in dem betreffenden Gebiete proklamirt worden sein. Ferner müßte die Proklamation durch einen Gouverneur einer britischen Kolonie oder sonstigen britischen Beamten erfolgen, und drittens müßte die Proklamation besagen, daß die Akte am Tage der Proklamation in Kraft treten solle. Die Krone behauptete, diese Bedingungen seien erfüllt worden. Das sei aber nicht der Fall, sondern werde nur flüchtigend angenommen. Sir Edward Clarke beantragte des Weiteren, es möge der Jury, wenn die Richter auf Weiterführung des Prozesses beständen, die Frage, ob eine Proklamation erlassen worden sei oder nicht, als thatsächliche der Jury zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Rechtsausführung des Vertheidigers über den ersten Anklagepunkt währte eine Stunde. Dann ging Sir Edward zum zweiten Punkt über: „Inhalts der Beschlüssen Ihrer Majestät.“ Die Akte finde keine Anwendung gegen jemanden außerhalb der Beschlüssen Ihrer Majestät. Ursprünglich sei das Gesetz nur für die britischen Inseln und die Inseln im Vermeerkant gegeben. Der Generalstaatsanwalt, Sir Richard Webster, stützte seine Gegenansprüche besonders auf den

Paragrafen 17 der Akte und gab derselben eine sehr weite Auslegung. Er bat die Richter, der Jury mitzutheilen, daß es ein Verbrechen sei, einen Zug gegen einen befreundeten Staat auszurüsten, selbst wenn die Ausrüstung außerhalb der Beschlüssen Ihrer Majestät erfolge. Der Generalstaatsanwalt sprach eigentlich in seiner weiteren Argumentation mehr über die Akte, wie sie eigentlich sein sollte, als wie sie wirklich ist. Sir Richard Webster glückte es allerdings, einen Punkt gegen den Vertheidiger geltend zu machen, nämlich den, daß angenommen werden müsse, daß die Angeklagten britische Bürger seien. Der Lord-Oberrichter erklärte das für richtig. Nach einer im Flüsteren gehaltenen Besprechung zwischen den Richtern erklärte Lord Russell schließlich, daß das Gericht Zeit haben müsse, die vom Vertheidiger erhobenen Einwände zu überlegen. Er vertagte deshalb die Verhandlung bis auf Dienstag.

Das „Echo“ schreibt: „Es ist merkwürdig die Haltung der großen Londoner Morgenzeitungen gegenüber den von der Kapitallisten-Organisation der britischen südafrikanischen Gesellschaft um den Einfall Dr. Jameson's zu beobachteten „Times“ und „Standard“ geben die Depeche, ohne eine Bemerkung hinzuzufügen. Der „Daily Telegraph“, stets den Hut in der Hand und mit Verbeugungen gegen Herzöge und Lords, sucht Deckung hinter der „selbständigen Ungehörigkeit“, unangenehme Nachrichten am Tage der Eröffnung des Prozesses gegen Jameson und Genossen zu veröffentlichen. Der Vorfall erweise so unglücklich, daß er eine Störung auslöschte. Wessen Fehler ist es denn aber, daß Jameson und seine Genossen nicht schon früher ihren Prozeß zu bestehen hätten? Die Verhandlungen gegen ihn hätten schon vor Monaten begonnen werden können, ehe der Bericht der Kommission des Kap-Parlaments herausgegeben wurde. „Daily Chronicle“ nennt den Bericht ein unabhängiges historisches Dokument. Jetzt werde die Scene in das Haus der Gemeinen verlegt, wo Chamberlain hoffentlich über diese neue Wendung der Lage interpellirt werden würde. „Daily News“ sucht Cecil Rhodes zu vertheidigen.

London, 22. Juli. Der Hochzeitszug des Dänischen, Prinzen Karl von Dänemark, den seine Brüder, die Prinzen Christian und Harald von Dänemark begleiteten, verließ Marlborough-Park um 11 1/2 Uhr. Die auf dem Wege aufgestellten Truppen salutirten, die am St. James-Park aufgestellte Musik spielte die Nationalhymne. Es folgten im Zuge die Prinzessin von Wales mit der Prinzessin Viktoria von Wales, der Kronprinz und die Kronprinzessin sowie der Prinz Nikolaus von Griechenland. Hieran schloß sich nach kurzer Pause der Zug der Prinzessin-Bräut, die der Prinz von Wales begleitete. Alle fürstlichen Personen wurden von der Leibgarde eskortirt. Der Hochzeitszug wurde von der Volksmenge mit ungeheurer Jubel begrüßt. Die Königin Viktoria begab sich allein nach der Kapelle des Buckingham-Palastes. Hier vollzog der Bischof von Canterbury die Trauung. Unter den Anwesenden befanden sich Lord und Lady Salisbury, Gladstone und Chamberlain mit ihren Gemahlinen, Gojchen, die Lords Rosebery und Rosebery, der deutsche Botschafter Graf von Hatzfeldt sowie der bänische Gesandte de Wille. Das neuvermählte Paar reiste heute Nachmittag nach Schloss Sandringham, um dort die Hitzewochen zu erleben.

London, 22. Juli. Der Sekretär des „Internationalen Kongresses der Sozialisten und Gewerksvereine“, Will Thorne, legt die letzte Hand an die Vorbereitungen. Der Kongreß soll bekanntlich mit einer Neuentdeckung im Hyde Park am nächsten Sonntag beginnen. Der Londoner Grafschaftsrath hat eine seiner Musikkapellen beauftragt, ihre Weisen im Park dem Volke vorzutragen. Im Park werden die Redner von zwölf improvisirten Bühnen in die verschiedenste Menge hineinreden. Um 1/2 Uhr wird der Zug, der sehr stattliche Dimensionen annehmen wird — London hat dieses Jahr die Befreiung der Arbeit nicht im Mai gefeiert —, vom Themseufer abmarschiren. Die Polizei leistet hilfreiche Hand, damit Alles in Ordnung abgeht. Auf jeder Tribüne im Hyde Park werden vier britische und zwei ausländische Redner sprechen. Den Redner werden zwei Dolmetscher beigegeben werden, damit das Ungeheuer aus dem Genuß nicht entbehre, einmal ausländische Ansprachen zu hören. — Mittlerweile ist die Zahl der Anmeldungen von Delegirten so angeschwollen, daß das Organisationskomitee sich nach einem andern Saale für die Tagung des Kongresses umsieht. Die St. George Halle oder die Queens Halle, beide in Langham Place, dürften gewählt werden. Die St. Martins Halle, welche bisher in Aussicht genommen war, wird für die Kommissions-Sitzungen beibehalten werden.

## Griechenland.

Aus dem griechischen Thessalien wollte wieder eine, und zwar diesmal aus Griechenland bestehende Bande in die Türkei eindringen, und zwar um in Mazedonien als Konkurrenz der bulgarischen Banden im griechischen Interesse aufzutreten. Der Versuch wurde, wie wir bereits mitgeteilt, durch die griechischen Behörden vereitelt, er wirft aber doch ein bezeichnendes Licht auf die nationalen Eiferfüchtheiten bezüglich Mazedoniens und läßt erkennen, welches Chaos dort entstehen müßte, wenn die macedonische Frage wirklich auf die Tagesordnung gelangen sollte. Eine rasche und energische Beilegung der trennsüchtigen Wirren und ein darauf folgendes wirkliches Eintreten der Pforte in die macedonische Reformarbeit könnte dem am sichersten vorgehen. Die Pforte leugnet allerdings das Vorhandensein von Freischärlern in Mazedonien, aber durch die Art, wie dies geschieht, stellt sie ihrer Wirklichkeit selbst das schärfste Zeugnis aus. Es erklärt nämlich, die vorhandenen Banden seien eben die alljährlich, sowie der Frühling auf die Berge steigt, auftauchenden Räuberbanden. Diese also betrachtet die türkische Regierung als eine selbstverständliche Erscheinung, über welche kein Wort zu verlieren sei!

## Türkei.

Konstantinopel, 18. Juli. Einer schnellen Wendung der blutigen Wirren in Aetrea haben sich in den letzten Tagen Schwierigkeiten verschiedener Art entgegengestellt. Allem Anschein



regeln getroffen, um diejem Anfsuge zu steuern.